

# Calmer Wochenblatt

Nr. 256 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Erstausgabe: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 M., Familienanzeigen 35 M., Reklamen 200 M., x. Schliefelgeb. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Donnerstag, den 1. November 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 280000000 M., wöchentlich. Postbezugspreis 280000000 M., ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Nachdem nun eine neue sächsische Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage gebildet worden ist, ist der Reichstommisnar abberufen worden. Die Sozialdemokraten haben nun aber der Reichsregierung bestimmte Forderungen unterbreitet, von deren Annahme sie ihr Verbleiben in der Koalition und damit in der Reichsregierung abhängig machen.

An der thüringisch-bayerischen Grenze sollen sich auf bayerischem Boden rechtsradikale Kampforganisationen gebildet haben, durch die sich die thüringische Regierung bedroht fühlt.

Die englische Regierung hat nun eine Note an die Alliierten gerichtet, sie möchten in einer gemeinsamen Note die Einladung an Amerika ergehen lassen, sich in dem geplanten Ausschuss zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit vertreten zu lassen. Von halbamtlicher französischer Seite wird sofort darauf aufmerksam gemacht, daß natürlich die bekannten französischen Vorbedingungen zuerst erfüllt werden müßten. Was wir von England bei einer gewaltigen Abtrennung des Rheinlands durch die Franzosen zu erwarten haben, das geht aus der weiteren Anfrage an Frankreich hervor, wie sich Frankreich die Rechtslage denke, die entstehen würde, wenn „gewisse Provinzen“ von Deutschland losgelöst würden, da diese Provinzen den Vertrag von Versailles nicht unterschrieben hätten und infolgedessen nicht unmittelbar (!) die Verpflichtungen übernommen hätten, die sich für das Reich daraus ergeben. England spielt also offen mit der Anerkennung eines solchen französischen Gewaltstreiks und macht lediglich auf die Folgen bezüglich der Reparationszahlungen aufmerksam.

## Das Reich, Bayern und Sachsen.

**Abberufung des Reichstommisnar aus Dresden.**  
Berlin, 1. Nov. Der neue sächsische Ministerpräsident Fellsch erklärte dem Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“, er habe den Reichskanzler von der Bildung des neuen Ministeriums telegraphisch verständigt und gebeten, die Abberufung Heinzes sofort zu veranlassen.

Berlin, 1. Nov. Der Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heinze, hat laut „Vossischer Zeitung“ dem Reichskanzler über die Vorgänge in Sachsen Bericht erstattet. Wie das Blatt bemerkt, dürfte zu erwarten sein, daß Dr. Heinze nicht mehr nach Dresden zurückkehrt.

**Aufgabe des Generalfreik in Sachsen.**  
Berlin, 1. Nov. Wie die Blätter aus Dresden melden, richtete die sächsische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften einen Aufruf an die streikenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, in dem gesagt wird: Die Arbeiterschaft ist dem Ruhe nach einem dreitägigen Proteststreik nachgekommen. Durch die Neubildung der verfassungsmäßigen Regierung mit dem Ministerpräsidenten Fellsch sind die Ursachen des Proteststreiks behoben.

## Bedingungen der Sozialdemokraten für ihr Verbleiben in der Reichsregierung.

Berlin, 1. Nov. Den Blättern zufolge werden die sozialdemokratischen Führer heute früh dem Reichskanzler Dr. Stresemann die Bedingungen unterbreiten, unter denen die sozialdemokratischen Reichsminister im Kabinett verbleiben würden. Um 1 Uhr nachmittags wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wieder zusammentreten, um die Antwort des Reichskanzlers entgegenzunehmen und dann ihre endgültige Entscheidung darüber sprechen, ob die sozialdemokratischen Minister noch in der Reichsregierung bleiben können oder nicht.

Berlin, 1. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion faßte heute Abend folgenden Beschluß: Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden: 1. die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, 2. die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Machthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern, 3. die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei; Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen. Außerdem hat die Fraktion beschlossen, daß der Fraktions-

vorstand bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die wertbeständige Währung und Maßnahmen gegen den vom Landbund propagierten und von den Landwirten geübten Lieferstreik zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen hat.

## Radikale Forderungen der Berliner Sozialdemokraten an die Parteileitung.

Berlin, 31. Okt. In einer Konferenz der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre wurde laut „Vorwärts“ eine Entschlieung angenommen, in der von der Reichstagsfraktion gefordert wird, wegen des Vorgehens der Reichsregierung gegen Sachsen den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister aus der großen Koalition zu beschließen. In einer weiteren Entschlieung wurde von den Partei- und den Gewerkschaftsgruppen die planmäßige Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und die sofortige organisatorische Vorbereitung des Generalfreik als wirksamstes Mittel gegen die Kontrevolution verlangt. Schließlich wurde gegen eine starke Minderheit ein Antrag angenommen, der nach dem Vorbild der Funktionäre in Leipzig den sofortigen Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei fordert.

## Die Sozialdemokraten lehnen die Einheitsfront mit den Kommunisten ab.

Berlin, 31. Okt. Einer Mitteilung des „Vorwärts“ zufolge wurde eine ultimativ formulierte Forderung der KPD, bis Dienstagabend 6 Uhr eine Antwort auf die Frage zu erteilen, ob die Sozialdemokratische Partei bereit sei, mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorstand abgelehnt. Zu den in dem Schreiben der KPD aufgestellten Einzelforderungen wird die sozialdemokr. Reichstagsfraktion sachlich Stellung nehmen.

## Die demokratische Reichstagsfraktion zur sächsischen und bayrischen Frage.

Berlin, 1. Nov. Im Reichstagsgebäude trat gestern der Vorstand der demokratischen Fraktion zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Nach eingehender Aussprache kam man zu dem Resultat, daß die sächsische Frage als gelöst zu betrachten ist, da sich die bisherige sächsische Regierung den Bedingungen des Reichskanzlers auf Niederlegung der Amtsgeschäfte gefügt habe. In der bayrischen Frage hat der Vorstand den Standpunkt eingenommen, daß die bayrische Regierung im Interesse einer schnellen Lösung des Konfliktes eine klare Stellung einnehmen müsse, und daß das Reich in seinen Forderungen nicht nachgeben dürfe. Der Vorstand wird diese Stellungnahme der Fraktion zur Kenntnis bringen, die am Freitag zu einer Sitzung zusammentritt.

## Der bayrische Gesandte beim Reichskanzler.

Berlin, 1. Nov. Der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. von Preger, hat, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, gestern nach seiner Rückkehr aus München dem Reichskanzler die Auffassung des bayerischen Kabinetts über den Konflikt zwischen der bayerischen und der Reichsregierung mitgeteilt.

## Ansammlung illegaler bayrischer Organisationen an der thüringischen Grenze.

Berlin, 1. Nov. Der „Vorwärts“ meldet aus Sonneberg in Thüringen ergänzende Einzelheiten zu den kürzlich aufgetauchten Gerüchten über Kampfvorbereitungen illegaler Organisationen auf bayerischem Boden unweit der thüringischen Grenze. Nach einer Mitteilung des „Berliner Lokalanzeigers“ werden die Gerüchte über einen Aufmarsch militärischer Verbände an der thüringischen Grenze an Berliner zuständiger Stelle für stark übertrieben gehalten. Um Beruhigung zu schaffen, sei jedoch eine Untersuchung der den Gerüchten zugrunde liegenden Vorfälle angeordnet worden.

## Dr. Heim über die bayrischen Abtrennungsbestrebungen.

München, 31. Okt. In der Aussprache der zum Parteitag erschienenen Vertreter der bayrischen Volkspartei kam Dr. Heim laut „Bayrischer Kurier“ auch auf die Frage der Separation Bayerns zu sprechen. Wenn man ihn frage, erklärte Dr. Heim, ob eine Separation Bayern Vorteile bringe, wenigstens augenblicklich, so müsse er sagen: Ja, und zwar gewaltige (!!!). Er zweifle nicht, daß beispielsweise die bayrische Mark besser stehen würde als die österreichische Krone. Wollten wir nun mit dem Reich hungern oder nach dem Rettungsmittel der Separation grei-

fen? Die Separation brächte uns wohl einen augenblicklichen Erfolg. Wir würden aber später um so tiefer in den Abgrund gestochen. Die augenblicklichen Vorteile würden Jahre der Buße bringen. Er warne seine Freunde eindringlich vor einer solchen Politik.

## Nächste Vollsigung des Reichstags am Dienstag.

Berlin, 30. Okt. Der Vorkonferenz des Reichstags hat beschlossen, für den Fall, daß die Reichsregierung nicht vorher eine Erklärung abgeben will, die nächste Vollsigung des Reichstags erst am nächsten Dienstag stattfinden zu lassen.

## Die Ruhr- und Reparationsfrage.

### Der englische Vorschlag an die Alliierten zur Einladung Amerikas.

London, 1. Nov. Es verlautet, daß die britische Regierung an die alliierten Regierungen eine Aufforderung gerichtet habe, eine gemeinsame Einladung an die amerikanische Regierung ergehen zu lassen, sich an dem Sachverständigenausschuss zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands mit einem zuständigen Vertreter zu beteiligen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß die amerikanische Regierung die gemeinsam an sie gerichtete Einladung annehmen werde, sobald mit einem Zusammentritt des Ausschusses zu einem baldigen Zeitpunkt gerechnet werden könne. Es werde angenommen, daß der Ausschuss in Paris tagen werde, weil dort auch die Reparationskommission ihren Sitz habe und weil von Paris aus Berlin leicht zu erreichen sei, falls, wie es wahrscheinlich sein werde, einige Untersuchungen an Ort und Stelle vorgenommen werden müßten.

### Havascommentare über die englische Note und die französischen Pläne.

Paris, 1. Nov. Die Havasagentur teilt mit: Durch Vermittlung ihres Botschafters in Paris hat die englische Regierung gestern zwei Schritte bei der französischen Regierung unternommen, deren Charakter untertrieben werden muß, denn sie entsprechen in glücklicher Weise (!) den von der französischen Regierung in ihrer ersten Note beabsichtigten entgegenkommenden Dispositionen. Das Foreign Office hat den Quai d'Orsay auf die Rechtslage aufmerksam gemacht, die eine Lösung gewisser Provinzen von Deutschland nach sich ziehen könnte durch den Umstand, daß sie den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet und infolgedessen nicht unmittelbar die Verpflichtungen übernommen hätten, die sich für das Reich daraus ergäben. Der diplomatische Berichterstatter der Havasagentur glaubt zu wissen, daß die englische Mitteilung entgegen gewissen Pressemeldungen sich auf diese Erklärung beschränkt. Sie bringen keine Kritik an den Maßnahmen vor, die die französische und die belgische Regierung angesichts der separatistischen Bewegung zu treffen veranlaßt worden seien, um in ihren Befehlszonen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Eine gleichlautende Mitteilung sei in Brüssel der belgischen Regierung gemacht worden. (England scheint also die Lösung des Rheinlands schon als etwas Selbstverständliches hinzunehmen.)

Der zweite englische Schritt habe den Zweck, der französischen Regierung den Vorschlag zu machen, eine Kollektiv Einladung Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens an die Vereinigten Staaten ergehen zu lassen, sich in dem Sachverständigenausschuss vertreten zu lassen, der damit betraut werden solle, eine wirtschaftliche Enquete über die deutsche Zahlungsfähigkeit und über die Mittel vorzunehmen, über die Deutschland zur Begleichung seiner Schulden verfüge. Die vier Mächte würden Amerika den Dank für seine Mitwirkung aussprechen, um es zur Ernennung seines Delegierten durch Vermittlung des amerikanischen Beobachters in der Reparationskommission zu veranlassen. — Wie man sieht, so fügt der Havasredakteur hinzu, erhebt die englische Regierung keinerlei Einwendungen. Sie verlangt von der französischen Regierung keinerlei weitere Angaben über ihre Absichten, wie aus London fälschlich gemeldet wurde. Poincaré hat natürlich nicht die Zeit gehabt, die beiden englischen Mitteilungen schon gestern zu beantworten. Der Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit, der aus ihnen spricht, dürfte in den beteiligten Kreisen gebührend gewürdigt werden. Indessen ist der französische Standpunkt in den beiden Fragen, die die Note behandelt, so entschieden klar, daß man mit aller Entschiedenheit den Sinn der Antwort des Quai d'Orsay voraussehen kann. Was die separatistische Bewegung im Rheinland anlangt, so gedenkt die französische ebenso wie die belgische Re-

...eife, Piote  
...die Rubel  
...ngen Tisch  
...ken Neug-  
...ndlich und  
...nimm sie."  
...hen: „Ich  
...Bage, währ-  
...äufer und  
...Gewicht  
...tsausdruc  
...aft—„viel-  
...ll ich aus-  
...tlich vor,  
...teblosend  
...schnell zu  
...bel. Aber  
...embski, der  
...ein Rubel  
...grad so 'ne  
...Calw.  
...Calw.  
...chneiden!  
...ichsbank und  
...bütt. Banken  
...des Bankver-  
...ind auch wir  
...die M-Mark  
...enmäßig ein-  
...60.000.000.—  
...Mark geschrie-  
...wirungen zu  
...Quittungen  
...Brillanten  
...eten zu lassen,  
...in Buchstaben  
...benundfünfzig  
...ck geschrieben  
...er bisherigen  
...kürzter Mark  
...olgt selbstver-  
...neuen Schreib-  
...en des Auf-  
...on genanntem  
...nen.  
...inlaß der in-  
...ng werden ab  
...0 M.M (10  
...Bankverkehrs  
...en nicht mehr  
...und Ueber-  
...d dergleichen  
...in nicht mehr  
...ens 5000 M.M  
...egs befindliche  
...noch erledigt.  
...ulden können  
...nicht mehr an-  
...Gewerbe  
...III. Klasse  
...ur aufwärts.  
...se Kammer  
...; ein Kind  
...ein Viertel  
...ahrpreises.  
... (prepaid)  
...n müssen,  
...ostenlosen  
...der  
...Linie  
...ernspr.99  
...Uhr.

gierung die Verantwortung dafür zu übernehmen, denn sie lassen die beteiligte Bevölkerung aus ihrem eigenen Ermessen handeln. — Das ist der Standpunkt Poincaré's, der in bezug auf Zynismus nicht mehr zu übertreffen ist. Von gebungenem Verbrechergesinde läßt man die Loslösungsaktion unternehmen, und spricht dann von der „rheinischen Bevölkerung“, die durch französische Bajonette davon abgehalten wird, dem Gesindel die richtige Antwort zu geben.

### Rücktritt des englischen Botschafters in Berlin.

London, 1. Nov. In unterrichteten Kreisen verlautet zu den Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt des britischen Botschafters in Berlin, Lord d'Albion: Als Lord d'Albion den Botschafterposten im Jahre 1920 übernahm, geschah dies unter der Voraussetzung, daß er ihn für eine befristete Zeit innehaben werde, die bald ablaufe. Ueber den Zeitpunkt des Rücktritts und über die Person seines Nachfolgers steht noch nichts fest.

### Poincaré empfängt den französischen Botschafter beim Vatikan.

Paris, 31. Okt. Nach einer Havasmeldung hat Poincaré heute Vormittag den französischen Botschafter beim Vatikan, Zonnart, empfangen. — Der Botschafter wird darüber Bericht zu erstatten haben, wie der Vatikan die Lösung des Rheinlands aufnehmen würde. Vielleicht sind bezüglich derselben Frage auch kürzlich die bayrischen Bischöfe nach Rom berufen worden. Wenn man sieht, daß es in erster Linie die katholische Partei Bayerns ist, in der die Abtrennungsgelüste zum Vorschein kommen, dann weiß man schon, wieviel es geschlagen hat.

### Krupp-Bohlen vorübergehend in Freiheit.

Paris, 31. Okt. Einer Meldung der Agence Havas aus Düsseldorf zufolge hat sich Krupp von Bohlen und Halbach, der von der Besatzungsbehörde auf 7 Tage in Freiheit gesetzt worden war, heute im Düsseldorfer Gefängnis wieder eingefunden. Er ist aufs Neue auf 7 Tage provisorisch freigelassen worden.

### Der seitherige Umfang der Inbetriebnahme der Eisenbahn.

Paris, 30. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind seit dem 29. Oktober 298 neue Züge in Dienst gestellt worden. Zahlreiche Strecken des Rheinlands und des Ruhrgebiets seien wieder in Betrieb genommen worden.

### Der Geldraub durch Franzosen und Belgier wird fortgesetzt.

Berlin, 31. Okt. Wie zusammenfassend mitgeteilt wird, haben die Franzosen und Belgier in den letzten Tagen aus Reichsbanknoten und staatlichen Drudereien im Ruhrgebiets Reichsbanknoten im Betrage von 1 1/2 Trillionen weggenommen.

### Französische Aufforderung zur Devisenverschiebung nach dem Rheinland.

Höchst am Main, 31. Okt. Der hiesige französische Kreisdelegierte hat angeordnet, daß die Veröffentlichung der Devisenkurse nicht mehr nach Frankfurter oder Berliner Notierung, sondern nach der Festsetzung in Mainz und Wiesbaden erfolgen soll, die eine weit höhere Bewertung des französischen Franken, des Dollars usw. vorsieht.

### Massenausweisungen.

Obrestein, 30. Okt. Seit gestern sind wieder Massenausweisungen im Gange. Bisher wurden 15 Personen ausgewiesen, darunter vollkommen harmlose Personen, die sich nicht politisch betätigt haben.

### Die separatistische Bewegung im Rheinland.

Worms, 30. Okt. Die Sonderbündler haben gestern abend 6 Uhr hier die Rheinische Republik ausgerufen. Auf dem Kreisamt weht die grün-weiß-rote Fahne.

Köln, 1. Nov. Krämer, einer der Separatistenführer, kam gestern nachmittag im Auto hier an und wurde von der Polizei sofort in Schutzhaft genommen.

Essen, 1. Nov. Aus Oberhausen wird gemeldet: Die Lage in Duisburg ist unverändert. Die Separatisten versuchen mit allen Mitteln, ihre Stellung zu festigen. Im Auftrag der angelsächsischen Regierung erteilt Dr. Gotthar eine Bekanntmachung, in der der Handel aufgefördert wird, das Notgeld anzunehmen, widrigenfalls eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Monaten und eine Geldstrafe bis zu 2000 Goldmark verhängt werde. Die Plünderungen nehmen ihren Fortgang. Von den Belgiern wurden zwanzig Separatisten wegen Diebstahls und Plünderung festgenommen. Das Büro des Erkennungsdienstes der Kriminalpolizei wurde völlig zertrümmert, der deutlichste Beweis dafür, was für ein verbrecherisches Gesindel sich unter den Separatisten befindet. Ueber den sich als Oberbürgermeister aufspielenden Bücherrevisor Engel, der gebürtiger Essener ist, wird noch bekannt, daß Engel vor 12 Jahren aus der Christlichen Gewerkschaftsbewegung nach Verübung von Unterschlagungen hinausgeworfen worden ist. Er fuhr dann mit einem überbehaumdeten Frauenzimmer nach Paris, seine Frau und seine unmündigen Kinder der öffentlichen Fürsorge überlassend. Die Stadtverwaltung von Duisburg hat ein Flugblatt an die Bevölkerung erlassen, in dem es u. a. heißt: Die gesamte Verwaltung ist lahmgelegt. Die Folgen sind Not, Elend, Plünderungen und Verzweiflung. Gewissenlose Führer lassen durch landfremde Cemente auf die wehrlose Bevölkerung schießen, was zahlreiche Opfer fordert. Hierauf gibt es nur eine Antwort: Die gesamte Bürgerschaft muß sich gegen Engel und Konjorten auflehnen und alle ihre Verordnungen unbeachtet lassen. Nur wenn die gesamte Bevölkerung ein-

mütig diesen Standpunkt einnimmt, wird es möglich sein, daß die Stadtverwaltung zu einer geordneten Tätigkeit zurückkehrt.

### Englische Feststellung über die Urheber des Rheinlandputches.

Der Führer der rheinischen Sonderbündler ein von den Franzosen bezahlter Bandit.

London, 27. Okt. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Krefeld berichtet, er habe im dortigen zerstörten Rathaus die freimütige Bestätigung von den Ausführungen des Führers der Separatisten erhalten, daß die separatistische Bewegung zwar ein Versuch sei, die Rheinlande von Deutschland durch die Verwendung berufsmäßiger Abenteurer und ähnlicher Elemente loszureißen. Der Berichterstatter schreibt: Der Führer erklärte mir, daß er ein berufsmäßiger Banditenführer ist. Er sagte, er habe nichts mit Politik zu tun. Er sei kein Deutscher, sondern ein französischer Unterthan polnischer Geburt. Ich bin vor drei Wochen nach dem Rheinland gebracht worden, um diese Sache mit Gewalt durchzuführen und bin zum Oberbefehlshaber der „Tiegenden Rheinarmee“ gemacht worden. Ich habe mehrere tausend bis an die Zähne bewaffneter Männer unter mir. Ich bin kein Anfänger, denn ich habe die ganzen Unruhen in Oberschlesien organisiert und in ähnlichem Sinne in anderen Teilen der West gewirkt.“ Der Kapitän sagte weiter, glücklicherweise hätten ihm die Belgier versichert, daß alles für die Separatisten gut wäre. Nahrungsmittel erhielten sie aus Düsseldorf; seine Befehle kämen direkt aus Koblenz.

### Ausweisung des bayrischen Vertreters bei der pfälzischen Regierung.

München, 1. Nov. Der politische Vertreter Bayerns bei der pfälzischen Regierung in Speyer, Gesandtschaftsrat Dr. Knoch, ist von General de Metz ausgewiesen worden. Knoch hat sich den Annektionsplänen des Generals mit Entschiedenheit widersetzt.

### Die belgischen Sozialisten gegen die französisch-belgische Abtrennungspolitik.

Paris, 31. Okt. Dem Brüsseler Berichterstatter des „Deuvre“ wird gemeldet, der Generalrat der belgischen sozialistischen Partei habe gestern folgende Resolution angenommen: Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei verlangt eine sofortige Enquete über das Vorgehen der belgischen Militärbehörden in den Rheinlanden bei der separatistischen Bewegung und protestiert gegen jeden Eingriff der belgischen Heeresleitung in die inneren deutschen Angelegenheiten. Die Debatte wurde mit der Verlesung eines Briefes von Otto Wels eingeleitet, der gegen die Haltung des belgischen Militärs im Rheinlande Protest erhob und sich gegen den Versuch der Zersplitterung Deutschlands wandte. Der Berichterstatter im Generalrat erklärte, jede Zersplitterung Deutschlands wäre der Triumph der Reaktionen in Deutschland. Frankreich und Belgien müßten angeklagt werden, die separatistische Bewegung unterstützt zu haben und mehr an ihre Sicherheit, als an Reparationszahlung zu denken. Eine Zersplitterung Deutschlands verhindere nicht die Kriegsgefahr. Ohne Reparationen wären Frankreich und Belgien verpflichtet, in ihren Ländern neue Einnahmequellen zu suchen. Der Führer der Partei, Vandervelde, erwiderte einem Redner, man habe nicht den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu diskutieren, sondern die Frage, ob die belgische sozialistische Partei die Versuche, mit Hilfe ausländischer Bajonette die nationale Einheit Deutschlands zu brechen, unterstützen werde.

### Die Vertreter der besetzten Gebiete gegen die separatistischen Uebergriffe.

Köln, 30. Okt. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ meldet: Zwei Mitglieder des kürzlich für die besetzten Gebiete gebildeten Her-Ausschusses, Mönning und Reichstagsabgeordneter Dr. Meerfeld, hatten am Montag eine Besprechung mit dem Präsidenten der Rheinlandkommission in Koblenz. Die beiden Herren wiesen eindringlich auf die durch die separatistischen Vorstöße noch außerordentlich gesteigerte wirtschaftliche und soziale Zerrüttung im besetzten Gebiet hin. Im Verlauf der Unterredung hatten sie Gelegenheit, die einmütige Stellungnahme der politischen Parteien zu der Frage der Abtrennung deutscher Gebiete vom Reich darzulegen.

### Deutschland.

#### Weitere Spar- und Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung.

Berlin, 30. Okt. Angesichts der Notwendigkeit, den Haushalt des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und der Gemeinden in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, hat die Reichsregierung nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag zu ergreifende Ersparnismaßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen, denen andere folgen sollen. Da das Reich nicht mehr die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen des Versailler Vertrages ergebenden Lasten tragen kann, werden solche Lieferungen seit dem 11. August nicht mehr abgeschlossen. Kunmehr muß die Zahlung der Entschädigungen aus den Abrüstungs- und Entschädigungsrückstellungen vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden. Weitere Zahlungseinsparnungen lassen sich nicht vermeiden. Bei der Neuregelung der Liquidations- und Ausgleichsschäden, die auch die Auslandsdeutschen und die Deutschen aus den abgetretenen Gebieten betrifft, fällt die Beihilfe des Reiches für Valutafälle völlig weg. Anstelle der Stammschädigungen tritt ein Entwürzelungszuschuß in Höhe von 3 vom Tausend. Die Belastung des Reiches verringert sich hierdurch auf etwa 1/4 der bisher geschätzten Summe. Soweit Gegenstände anlässlich des Vertrages von Versailles enteignet wurden, die nicht unter das Reichsnotstandsgesetz fallen, ist die Aussetzung der Entschä-

digungszahlungen angeordnet. Das Streben, mit dem kostspieligen Abwidlungsapparat Schluß zu machen, veranlaßt die Reichsregierung, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Heeresfiskus im beschleunigten Verwaltungsverfahren abgezogen sind. Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz bemessener Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch eine Beamtenabbauverordnung genau geregelt. Der Abbau bezieht sich auf Angestellte des Reiches, wovon nur aus dringenden dienstlichen Gründen die unentbehrlichen Kräfte beibehalten werden sollen. Die Ausbehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Die Reichsregierung wird in der Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten fortfahren. An der Umgestaltung des Steuersystems wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Bewertung der Vermögen soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten. Auf diesem Wege wird man die Bilanzierung des Haushaltes zu erreichen suchen, die den Beginn der Gesundung der Finanzen bedeutet. Jede augenblickliche Lösung hängt freilich davon ab, daß endlich die außenpolitischen Fragen in einer für Deutschland tragbaren Weise erledigt werden.

### Der Reichsernährungsminister über die Frage der Ernährung.

Berlin, 30. Okt. In der gestrigen Besprechung des Reichsernährungsministers mit Führern der landwirtschaftlichen Organisationen, in der der Minister die Notwendigkeit ausreichender Beschaffung von wertbeständigen Zahlungsmitteln zwecks Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion und damit der Versorgung der Verbraucher anerkannte, machte dieser Mitteilung von den nach dieser Richtung getroffenen Maßnahmen und von den seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unternommenen Bemühungen. Hinsichtlich der zu einer sicheren Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion notwendigen Schritte ergab sich weitgehende Uebereinstimmung. In der heutigen Sitzung der Vertreter der Verbraucherverbände, der Gewerkschaften, der Beamtenverbände, der Hausfrauenvereine und der Städte bewohnten, wurden die Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Notstände und zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung, sowie der Versorgung der Städte erörtert. Insbesondere verlangten die Vertreter der Verbraucher Kredite für die Kommunen zur Durchführung der Versorgung für eine längere Zeit, namentlich mit Kartoffeln. Sie teilten vollauf die Auffassung des Ministeriums, daß alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um wertbeständige Zahlungsmittel dem Konsum zuzuführen und sie ständig im Umlauf zu halten. Der Minister erklärte, daß die Versorgung mit Kartoffeln und Brot als gesichert angesehen werden könne unter der Voraussetzung eines ausreichenden Umlaufs von Zahlungsmitteln. Abgesehen vom unvorhergesehenen Ereignissen wie frühzeitigem Frost, Verkehrsstörungen u. dergl. müßten bis zur vollständigen Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel alle kleinen Mittel zur Erleichterung der Ernährung angewandt werden.

### Abbau der Kohlenbewirtschaftung.

Berlin, 31. Okt. Der Reichswirtschaftsminister hat nach Anhörung der Länder dem Abbauplan des Reichskohlenkommissars zugestimmt. Danach fällt die Meldefarte, die allmonatlich von industriellen Verbrauchern an den Reichskohlenkommissar, an die Kohlenverteilungsstellen, die Kohlenwirtschaftsstellen und die Lieferer einzureichen war, mit Ablauf des Jahres völlig fort. Die Meldungen für November sind noch zu erstatten. Für Dezember ist die Meldefarte nur noch in einfacher Ausfertigung an die zuständige Kohlenwirtschafts- oder Landeskohlenstelle einzusenden. Neue Reichshaushaltsbegungsscheine werden nicht mehr ausgegeben. Die Fürsorge für jede Verbrauchereinheit (Industrielle Werks-, Hausbrand-Versorgungsbezirke usw.) im einzelnen fällt künftig fort. Der Reichskohlenkommissar wird sich künftig im Wesentlichen darauf beschränken, durch Einwirkung auf die Produktion und den Handel die Kohlenverteilung im Allgemeininteresse zu beeinflussen. Es fallen fort: die Gebundenheit des Verbrauchers an die Lieferer, die Bindung der Kohlenrentiere und des Handels an bestimmte Absatzgebiete und bestimmte Verbraucher- und bestimmte Abnahmungen. Beseitigt werden die amtlichen Kohlenverteilungsstellen und weitaus der größte Teil der Organisation des Reichskohlenkommissariats selbst. Die Beamtenhaft des Reichskohlenkommissars wird künftig höchstens ein Sechstel der bisherigen betragen. Bis auf weiteres wird der Reichskohlenkommissar Sorge tragen für die Kohlenversorgung der Eisenbahn, der Gas-, Wasser und Elektrizitätswerke und sonstiger Einzelwerke von besonderem öffentlichem Interesse. Um erforderlichenfalls wieder regelnd eingreifen zu können, liegt ihm auch weiterhin die allgemeine Beobachtung der Hausbrandversorgung ob. Der Abbau der Kohlenwirtschaftsstellen und der Landeskohlenstellen, die eine Einrichtung der Länder darstellen, und der von den Kommunalverbänden eingesetzten Orts- und Kreisstellen ist Aufgabe der Länder oder der Kommunalverwaltungen.

### Senkung der Kartoffelpreise in Berlin.

Berlin, 30. Okt. Berliner Zeitungen zufolge ist auf den Berliner Märkten eine Senkung der Kartoffelpreise um 20 bis 30 Prozent zu verzeichnen.

### Der Bruder Kühlmanns verunglückt.

Berlin, 31. Okt. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ ist in der vergangenen Nacht Dr. jur. Karl v. Kühlmann, der Bruder des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen, von einem Auto überfahren worden. Der Arzt konnte nur den Tod feststellen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. November 1923.

### Der November.

Der dritte Herbstmonat des Jahres, der zumeist einen unfreundlichen Charakter hat, nimmt seinen Anfang. Seine deutschen Namen weisen darauf hin, daß wir es mit dem Wind- und Nebelmonat zu tun haben. Die in unserer Verkehrsprache gebräuchliche Bezeichnung November, d. h. der Neunte, ist dem Monat davon verblieben, daß er im altrömischen Kalender der neunte Monat des Jahres war; das trifft heute nicht mehr zu, weil der November in dem durch den Januar eröffneten Jahr an erster Stelle steht. Im November nimmt die Länge der Tage bedeutend ab. Sie beträgt im Anfang des Monats noch fast 10 Stunden, am Ende nur noch ca. 9 Stunden. Am ersten und zweiten November werden Allerheiligen und Allerseelen begangen. Am 1. Sonntag, dem 4. November, feiert die protestantische Bevölkerung das Reformationsfest und am 25. November begeht man in Preußen das Totenfest, damals allgemeiner Feiertag in Preußen, dem am 21. November der Buß- und Betttag vorausgeht. Zu den Festtagen gehört vor allem der Martinstag, der 11. November.

### Nottarife der Eisenbahn für Lebensmittel.

Um dem Wirtschaftsleben Zeit zu lassen, sich auf Goldwährung umzustellen, führt die Reichsbahn aus schonendster Rücksichtnahme auf die Ernährungslage ab 1. November Nottarife für Lebensmittel ein. Die jeweils gültigen Frachtsätze der regulären Tarifklasse und der Ausnahmetarife werden für folgende Lebensmittel um 30 Prozent ermäßigt: 1. Getreide und Hülsenfrüchte, 2. Mühlen-erzeugnisse, 3. Teigwaren, kochfertige Suppen u. dergl., 4. frische Feld- und Gartenfrüchte der Klasse D und E, 5. frische Mohrrüben und frische Kohlrüben der Klasse F, 6. Seefische usw. des Ausnahmetarifses 8, 7. Milch des Ausnahmetarifses 15, 8. Butter, Butterschmalz, Margarine und Fette aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse D zur menschlichen Nahrung, 9. Käse und Quark.

### Rückgang der deutschen Jugend.

Wie die „Allg. Deutsche Vesperzeitung“ mitteilt, ist die Zahl der Kinder bis zu 15 Jahren von 45 v. H. der deutschen Bevölkerung i. J. 1910 auf 29 v. H. i. J. 1920 gesunken, obwohl inzwischen die großen Kriegsverluste der männlichen Bevölkerung eingetreten sind. Die deutsche Jugend ist aber nicht nur an Zahl, sondern auch an Kraft sehr geschwächt.

### Ein wertbeständiges Zahlungsmittel der Industrie und des Handels.

Die Handelskammer Stuttgart schreibt uns: Seit langen Wochen hat die Reichsregierung wertbeständige Zahlungsmittel in Aussicht gestellt, ohne bisher in der Lage gewesen zu sein, diese Forderung einzulösen. Das Bedürfnis nach solchen wertbeständigen Zahlungsmitteln ist inzwischen umso empfindlicher in die Erscheinung getreten, je unaufhaltbarer sich die Marktlage entwertete. Unter dem Druck dieser Marktentwertung haben Industrie und Handel schon seit längerem Kalkulation und Preisstellung auf Goldmark oder auf sonstiger wertbeständiger Grundlage aufgebaut. Die Landwirtschaft lehnt heute sogar aus an sich verständlichen wirtschaftlichen Gründen Zahlungen in Papiermark zum Teil grundsätzlich ab. Damit wächst überall, insbesondere für die größeren Industriepflege des Landes, unmittelbar die Gefahr einer unzulänglichen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Zu allem trat hinzu, daß das Reich infolge der ungeheuren Marktentwertung und der sich damit ziffernmäßig steigenden Milliardenlöhne und -Gehälter nicht in der Lage war, die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die sich hieraus ergebenden außerordent-

### Krenz und quer durch alemannisches Land.

2. Fortsetzung.

Der Abstieg vollzog sich auf steilem Pfad über tief-eingerissene Klammern. In der kurzen Stunde wechselte die Vegetation mehrmals; den See tief unten hat man stets vor Augen. Zum Besuch der Beatushöhlen reichte es nicht. Dieselben lagen seitlich hinter mir. Einen einzelnen Besucher hätte man wohl auch kaum herumgeführt. In der ganzen Schweiz werden „Ditsche“, die als solche erkannt werden, wegen der Valuta im allgemeinen eintrittsfrei zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten zugelassen. Dies wäre im vorliegenden Fall wohl kaum zuzutreffen, 1 fr. (Entree) entsprach damals 10 Laiben Brot (Deutsches), die Gesteinskosten zum Kurse von 3600 M gerechnet. Auch das war in Betracht zu ziehen. In Interlaken war die Statthalterei geschlossen (Samstags). Der dortige Deutsche, früher in B. schaff gewesene „Coiffeur“ entpuppte sich als richtiger Kosmopolit. Er trägt den echt schweizerischen Namen Böttcher und ist in allen Richtungen der Windrose herumgekommen, nicht nur im Weltkrieg. Durch seine Frau, eine „Fribourgerin“ ist er an die Schweiz gekettet worden. Vorher war er, hauptsächlich in der Saisonzeit, in allen möglichen Kurplätzen der Riviera heimisch. Trotz allem ist er ein echter Deutscher geblieben. Nachher hatte ich, dem Brienzsee entlang meinen Weg fortsetzend, Gelegenheit eine große Hochzeitsgesellschaft zu beobachten. Die Gebräuche sind ganz anders als hier zu Lande — Landesart — Landesitte. Auch im Elsaß traf ich eine sonderbare Sitte beim Leichenansagen. Der Leichenbitter trägt einen großen Flor um den ganzen Oberkörper geschlungen. Der ganzen Aufmachung der ganzen (bäurischen) Hochzeitsgesellschaft nach durfte man den Schluß auf „Wohlhabenheit“ ziehen. Alles üppig, alles elegant. An beiden Seen eine der Jahreszeit vorausgeeilte Vegetation trotz der nahen Gletscher (Grindelwald-Finster-

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Betr. Gebühren der Kaminseger.

Die Gebühren der Kaminseger, deren Kreisbezirk mehr als eine Ortschaft umfaßt, werden mit Wirkung vom 29. Oktober 1923 an bis auf weiteres auf das

4 285 Millionenfache

der Festsetzung vom 1. Juli 1919 (Staatsanzeiger Nr. 249 von 1921) bestimmt. Umsatzsteuer darf noch besonders angerechnet werden.

Stuttgart, 27. Okt. 1923.

Scheurlen.

lich ersten Verhältnisse, die anderwärts bereits zu bedauerlichen Unruhen geführt haben, brachten auch für Württemberg gegen Ende der letzten Woche eine so bedrohliche Lage, daß sofort zur Selbsthilfe gegriffen werden mußte. Industrie, Großhandel und Einzelhandel haben unter nachdrücklichster Unterstützung des württ. Finanzministeriums und der württ. Regierung die Herausgabe einer württ. Industrie- und Handels-Goldnote, die durch Goldanleihe des Reiches voll gedeckt wird, gestützt auf die Verordnung der Reichsregierung vom 23. Oktober 1923, beschlossen. Es ist außerordentlich erfreulich und verdient besonderer Hervorhebung, daß diese Note auch von den übrigen Erwerbskreisen, nämlich der Landwirtschaft und dem Handwerk, gleichfalls aufs wärmste unterstützt wird, so daß ihr innerhalb des wirtschaftlichen Lebens ein ungehemmter Umlauf gesichert ist. Damit sind Mängel, die der Herausgabe von Notgeld durch einzelne industrielle Firmen, — wie dies die Reichsverordnung zunächst vorsah — (Zersplitterung der Umlaufsmittel, Unsicherheit über die allgemeine Annahme und rasche Einlösbarkeit des Geldes) anhaften, vermieden worden. Von erheblicher Bedeutung erscheint weiterhin, daß das Finanzministerium sich bereit erklärte, die Staatskassen anzuweisen, diese württ. Industrie- und Handels-Goldnote in gleicher Weise wie die Goldanleihe des Reiches in Zahlung zu nehmen. Für die arbeitende Bevölkerung ist damit endlich die Möglichkeit gegeben, Teile des Lohnes (etwa die Hälfte) in wertbeständigem Geld zu erhalten und für größere Anschaffungen Rücklagen zu machen. Es darf erwartet werden, daß damit zugleich auch wieder für Handel und Gewerbe eine Belebung des seit langem darniederliegenden Geschäftes gesichert wird.

### Moderne Schiebergeschäfte.

Die Firma Langenbach u. Co., G. m. b. H. in Karlsruhe, versuchte in Stuttgart Automobile gegen Devisen abzusetzen. Ehe dies gelang, griff das Wucheramt ein und beschlagnahmte nicht nur das Auto, das gegen 16 000 französische Francs verkauft werden sollte, sondern auch Devisen verschiedenster Art im Wert von 950 Dollars, die für ein anderes Auto bereits hinterlegt waren. Die Weiterverfolgung der Sache ergab ein trübes Bild moderner Schiebergeschäfte. Die G. m. b. H. Langenbach u. Co. wurde von dem einen Gesellschafter, dem französischen Beamten Rouillon in Straßburg, mit französischen Franken und französischen Automobilen versehen, welche letztere unter Umgehung der Einfuhrzölle als „Umzugsgut“ nach Deutschland eingeführt wurden. Die weiteren Teilshaber der G. m. b. H., nämlich die Ehefrau des Rouillon und deren Liebhaber, der Student Langenbach aus Karlsruhe, besorgten in Deutschland den Vertrieb der Automobile gegen Devisen, wobei ihnen der frühere Rechtsanwalt und jetzige Automobilhändler Köhler in Stuttgart gegen erheblichen Gewinnanteil in Devisen tatkräftig an die Hand ging. Wie in solchen Fällen nicht selten, legten sich die Beteiligten gegenseitig nach Kräften herein, selbst vor einer Urkundenfälschung wurde nicht zurückgeschreckt. Insgesamt sind 15 Personen in das Verfahren verwickelt.

aarhorn). Ein des Wegs kommendes Auto aus Luzern nahm mich bereitwillig mit dem See entlang über Brienz, Brienzwyl nach Meiringen im Haslital, (eigentlich oberes Aartal). Dieses Meiringen fiel vor etwa 30 Jahren einem im Föhnsturm entstandenen Brand zum Opfer. Mein Führer meinte, auf die Politik das Gespräch lenkend, die Schweiz spiele im nächsten Kriege die Rolle Belgiens im Weltkrieg, eine Sorge, die drinnen so oft geäußert wird. Auch die bange Frage wurde so oft aufgeworfen, wie lange es wohl noch halten wird! „Wir müent oi dronter lida.“ Trotz des hohen Valutastandes ist der Geschäftsgang ein stöckernd, vielfach in der Luxusindustrie (Spigen-, Uhrenfabrikation usw.). Auch vom Fremdenverkehr versprach man sich äußerst wenig für den kommenden Sommer. Ueberhaupt ist in der Schweiz, sowohl als im Elsaß alles teurer als im Deutschen Reich mit alleiniger Ausnahme des Kaffees, der damals billiger stand. Dies wird übrigens durch den Marksturz längst überholt sein. Die Preise lassen sich am besten vergleichen an der Hand der Listen der größeren Konsumvereine Stuttgart einerseits, der von Basel, Bern, Zürich andererseits. — Nun nach dieser Abschweifung zurück zu meinem Luzerner Autobesitzer. Derselbe meinte, auf die damals neuesten Berichte von der Ruhr zu sprechen kommend, die Schweizer seien das neutralste Volk der Welt. Wo man denke, daß einem Unrecht geschehe, auf dessen Seite stelle man sich. Wie sich die öffentliche Meinung 1914 wegen des Einbruchs in Belgien gegen Deutschland gewendet habe, so liege der Fall jetzt umgekehrt. „Ihr verbarnt ons“, „Ihr seid in araturiga Lag“, Aeußerungen, die ich auch anderwärts wiederholt hörte. „Selbst in Lausanne, dieser Hochburg des Weltfriedens, bezeichnen man unsere Bedränger als „Compand Feka“. — Von Meiringen ging es über den Brünigpaß (östlichster Punkt des Kantons Bern) nach Lungern im Kanton Obwalden. Dies ist einer der Urkantone. Ich fand die Bevölkerung dieser Urkantone gerade noch so bie-

## Aufrechterhaltung der Milchbewirtschaftung.

Nach einer in einer Reihe von Tageszeitungen erscheinenden Mitteilung sollen die bestehenden Vorschriften über Milchversorgung auf 1. November aufgehoben werden. Diese Nachricht entspricht keineswegs den Tatsachen, vielmehr wird die Bewirtschaftung der Milch in dem bisherigen Umfang nach wie vor aufrecht erhalten bleiben.

### Die 1923er Weine.

(SCH.) Heilbronn, 29. Okt. Das Chemische Untersuchungsamt Heilbronn (staatl. Weinkontrolle) schreibt: Das kalte Frühjahr hat den Verlauf der Reblüte ungünstig beeinflusst, so daß die anfänglich guten Ausichten nicht in Erfüllung gegangen sind. Zwar haben die Monate Juli bis September die Entwicklung der Trauben noch wesentlich gefördert, der Ertrag konnte aber nicht mehr erhöht werden; er wird von Weinbauachverständigen auf etwa ein Drittel des Vorjahres, im Landesdurchschnitt auf etwa 12 Hektoliter für den Hektar geschätzt. Rebläusen und Rebschädlinge sind wenig aufgetreten. Dennoch läßt das Erzeugnis manches zu wünschen übrig. Es ist stark übertrieben, wenn in den Herbstmeldungen von 85—95 Grad Dechle gesprochen wird, die Mehrzahl der Weinmoste wird 60—65 Grad Dechle, viele werden darunter, wenige aus gut gepflegten Weinbergen in bevorzugten Lagen darüber aufweisen. Die meisten Weinmoste schmecken leer und ausdruckslos, was nach der Vergärung noch deutlicher hervortreten wird — eine Maßnahme an die Weinbesitzer, eine vernünftige und sachgemäße Verbesserung vorzunehmen. Das 1922er Erzeugnis hat in allen Fällen, in denen eine sachgemäße Verbesserung durchgeführt wurde, einen brauchbaren Mittelwein ergeben, und es wäre nicht so in Verzug gekommen, wenn es durchgängig richtig behandelt worden wäre. Diese Erfahrung sollte man sich für den 1923er Wein zunutze machen. Es ist doch ein Unding, daß gerade bei uns in Württemberg so außerordentlich viel Mühe und Sorgfalt auf die Bewässerung und Pflege des Weinstocks gelegt und das Erzeugnis dann sich selbst überlassen oder, wie dies häufig geschieht, in verschiedenster Form mißhandelt wird. Selbstverständlich muß aber bei der Verbesserung nach dem Grundsatz vorgegangen werden, aus dem Traubenjaft jeweils den bestmöglichen Wein, nicht aber möglichst viel Wein zu erzielen. § 3 des Weingesetzes schreibt vor, daß die Verbesserung des Traubenjaftes oder Weines zu dem Zwecke gestattet ist, um einen natürlichen Mangel an Zucker bzw. Alkohol oder einem Uebermaß an Säure abzuwehren. Das Maß des zulässigen Zuckers und Wasserzuges richtet sich nach der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses. Es ist also in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der Eigenart des Weines ein natürlicher Mangel an Zucker (Alkohol) oder ein Uebermaß an Säure vorliegt und in welchem Grade. Danach ist die zuzusetzende Zucker- und Wassermenge zu berechnen. Soweit sich bis jetzt ein Urteil über die Art und den Grad der Verbesserung bilden läßt, wird bei dem größeren Teil der 1923er Weinmoste ein Wasserzusaß nicht notwendig und nicht zulässig sein, dagegen wird eine Verbesserung mit Zucker fast allgemein in Frage kommen. Dadurch werden die Weine runder, vollmundiger und ausdrucksvoller. Leider wird Herbstzucker zu verbilligtem Preis in diesem Jahre nicht zur Verfügung stehen, aber wenn der Eimer Weinmost mit ungefähr 250 Goldmark bewertet wird, dann kommt der Preis für einige Kilo Zucker nicht sehr in Betracht.

der, treuherzig und urwüchsig, wie sie Schiller in seinem „Wilhelm Tell“ schilderte. Wie man anderwärts Stellen und Sprüche aus der Fabel anführt, so hörte ich dort an jenem Sonntag öfters die geflügelten Worte zittern, die Schiller in seiner Rütli-Szene (am Schluß des 2. Aufzugs) dem Pfarrer Rößelmann in den Mund legt, das Gelöbnis zum Zusammenhalt, den Ausschrei nach der Freiheit, den Abscheu vor der Unterdrückung, das Vertrauen auf den höchsten Gott, ohne Menschenfurcht. Es war mir überaus wohlthuend, diese Worte zu hören in einem Hause, dem 14 meist erwachsene Kinder angehören, die fast alle anwesend waren, zu beobachten, mit welchem Interesse sie meinen Worten über die Zustände im Deutschen Reich lauschten, zu sehen, mit welchem Abscheu sie die frivole Art verdamnten, die ein gewisses Volk anwendet, um die Ehescheidung der landeseingeborenen Frauen von ihren alt-deutschen Männern auf das äußerste zu erleichtern. Laissez vous divorcer (lassen Sie sich scheiden), mit dieser Anforderung ist man bei jenem oberflächlichen Volk gleich bei der Hand. Ein solches Sinken der Moral ist jenem urkatholischen Volk, das die Ehe heilig hält, ein Grauel. Noch mehr erhebendes hatte ich an jenem Sonntage zu vernehmen. So wurde mir verschiedentlich nach Zeitungsberichten nachgerächelt, welche Begeisterung die Rütli-Szene in verschiedenen Theatern des Deutschen Reiches ausgelöst habe, wie man sich freue, etwas zur Linderung der Notstände beitragen zu können, so jene Posthalterin, die regelmäßig eine Familie in Potsdam unterstützt, von der im Eingang des letzten Briefes geantwortet worden sei, daß man vor Rührung über die Guttaten das letzte Paket nicht sogleich habe öffnen können. Zum Abschied meinte mein Quartiergeber: „Miar kenne nint macha, Ihar vorderhand oi nit, aber macha nomma d' Fuscht em Sat, awer dann? (Die entsprechende Handbewegung.)

(Fortsetzung folgt.)

**Die württ. Regierung und Betriebssteuer.**

(S.C.B.) Stuttgart, 31. Okt. Zeitungsnachrichten zufolge sind in Bayern Bestrebungen im Gange, die auf eine Verweigerung der Bezahlung der Anfang November fälligen Raten der Arbeitgeberabgabe und der Landabgabe hinauslaufen. Wie schon mehrfach bekanntgegeben, hat die württ. Regierung wiederholt die schwersten Bedenken gegen diese Steuer in jetziger Form und Höhe geltend gemacht und mit allem Nachdruck eine rascheste Aenderung des Reichsgesetzes über die Besteuerung der Betriebe gefordert. Sie hat ihre Vorstellungen in dieser Sache neuerdings wieder in dringlichster Form wiederholt und das Reichsfinanzministerium aufgefordert, an eine sofortige Umgestaltung der Betriebssteuer heranzutreten und schon für die November-Termine die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die württ. Regierung wird auch weiterhin mit allen ihr zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln für die Verwirklichung ihrer Ueberzeugung wirken, muß es aber entschieden ablehnen, eine ungesetzliche Steuerungsverweigerung irgendwie zu unterstützen.

**Minister Völgz zur innerpolitischen Lage in Württemberg.**

(S.C.B.) Ehingen a. D., 31. Okt. Minister des Innern Völgz erklärte in seiner Ehinger Rede weiter: Die innerpolitische Lage in Württemberg ist derart, daß keiner dem andern traut. Jeder sucht sich zu organisieren und mit Waffen zu versehen. Die Nationalsozialisten haben angefangen. Die Kommunisten organisieren sich zurzeit im ganzen Land, wobei russisches Geld ihr Treiben fördert. Außer der staatlichen Macht darf es keine Selbstschußorganisation geben. Keine Regierung kann diesem Treiben untätig zusehen, sonst diktiert ihr die Organisationen. Die württ. Regierung hat den Willen, sowohl gegen Rechts als gegen Links gleichmäßig vorzugehen. Ich habe keine Sorge und

**Anzeigen-Schlüffelzahl 24 000 000**

vertraue auf unsere Polizei. Wir sind parat und ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir die Oberhand behalten. Die kommunistischen Heher vergeuden nutzlos Blut, wenn sie losschlagen. Falsch ist es, daß sie nur Brot und Arbeit wollen. Die kommunistischen Heher wollen die Notlage ausnützen zu politischen Zwecken.

(S.C.B.) Ludwigsburg, 31. Okt. Die Firma Heinrich Burkhardt hat dem Erwerbslosenrat eine größere Menge Radeln unentgeltlich zur Verteilung an die Bedürftigen zur Verfügung gestellt.

(S.C.B.) Nellingen, 31. Okt. In der Nacht zum Sonntag rückte auf zwei Kraftwagen Schupo hier an und nahm, wie man hört, verschiedene Verhaftungen vor und beschlagnahmte Waffen.

(S.C.B.) Dewangen, O.A. Aalen, 31. Okt. In letzter Zeit wurden auffallend viel Hühner und Gänse gestohlen. Der Landjäger von Fachsenfeld hat nun die Täter ermittelt. Ein Reisender zog mit einer Geschäftsfreundin im Oberamt Aalen hausierend von Haus zu Haus und sammelte unter der Maske eines soliden Ehepaares alte Hüte zum Wiederaufrichten für eine Gmünder Firma ein. Das Hauptgewerbe bestand aber darin, Hühner und Gänse in Abwesenheit der Bewohner in ihrer Hühnerstube verschwinden zu lassen und Gelegenheit zum nächtlichen Besuch auszukundschaften.

(S.C.B.) Münsingen, 31. Okt. Drei Herren aus Stuttgart unternahmen einen Ausflug auf den Rutschenfelsen bei Urach, wobei dem 15jähr. Sohn von Direktor Dr. Müller aus Mannheim, einem gebürtigen Münsinger, das Unglück widerfuhr, am

Wasserfall tödlich abzustürzen. Die Mutter mit Geschwistern bes findet sich zurzeit in Münsingen.

(S.C.B.) Ravensburg, 31. Okt. Die Witwe Storr wurde in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Sie war an Gasvergiftung infolge eines Unglücksfalls gestorben.

(S.C.B.) Hemigkofen O.A. Tettnang, 31. Okt. Ein Schieberpaar aus Konstanz hatte einem Milchwagen in Langenau einen vollbepackten Koffer aufgeladen, den es hier auf dem Bahnhof zur Mitnahme in Empfang nehmen wollte. Eine Untersuchung des Koffers durch den Landjäger ergab 52 Pfund Butter, einige Pfund Schweizerkäse und Backsteinkäse, sowie 92 Eier. Die Schieber sind abgereist, ohne ihre Adresse zu hinterlassen.

(S.C.B.) Vom Bodensee, 31. Okt. Auf den östreichischen Dampfschiffen wird neuerdings von der Schiffskassenverwaltung deutsches Papiergeld nicht mehr in Zahlung genommen, recht gern aber Franken, Dollars und anderes, selbstverständlich auch östreichische Kronen, die jetzt „Halbedelvaluta“ sind. Es ist doch schön, wenn zwischen Konstanz und Lindau das deutsche Geld nicht mehr gilt. — Der Bodenseespiegel ist in der letzten Zeit nicht unerheblich, gegen einen halben Meter gestiegen. Der Pegel zeigt beinahe 4 Meter Wasserhöhe.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft.**  
Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurie.

1 Dollar	72 681 000 000 M.
1 Goldmark	17 305 000 000 M.
1 Schweiz. Franken	12 932 000 000 M.
1 franz. Franken	4 271 000 000 M.
1 holl. Gulden	28 471 000 000 M.
Reichsindex für Lebenshaltung	13 671 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Leiter Druck und Verlag der A. Oelshagen'schen Buchverlagsanstalt, Gelnhausen.

10 bis 15 Zentner

**Obst**

zu vertauschen gegen Weizen, Hafer oder Heu. Im Gärtle Simmozheim



Rasch berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenschaftlichen Vorkommnisse!



**Defekte an**

**Elektromotoren**

aller Art behebt sorgfältig in kürzester Zeit

Apparat, G.m.b.H., Esslingen a.N.

Karlstrasse 4 - Telefon 89 und 92.

Erstklassige Einrichtung, Grosses Lager in Dynamodraht und Isoliermaterial.

**Bekanntmachung**

über die Ausgabe der

**Württ. Industrie- und Handels-Goldnote**

Im Einvernehmen mit dem Württ. Finanzministerium und in Uebereinstimmung mit der Verordnung der Reichsregierung vom 23. Oktober 1923 haben die durch die württembergischen Handelskammern vertretenen Organisationen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks eine Goldnote geschaffen, die bestimmt ist, bis zur Einführung genügend großer Mengen kleiner Stücke der Goldanleihe des Reiches als ein durch Goldanleihe voll gedecktes Zahlungsmittel zu dienen. Die Württ. Vereinsbank hat als Treuhänderin die provisions- und spesenfreie Ausgabe und Einlösung der Noten übernommen. Die Noten werden in 4 verschiedenen Werten ausgegeben, und zwar zu:

- 2,10 Goldmark = 1/2 Dollar
- 1,05 " = 1/4 "
- 0,42 " = 1/10 "
- 0,21 " = 1/20 "

Sie sind 8,5x12,5 cm groß und werden in verschiedenfarbigem Irisdruck auf ein weißes Papier gedruckt, dessen Wasserzeichen aus aneinanderliegenden S besteht. Der Text der Noten hat folgenden Wortlaut:

**Württembergische Industrie- und Handels-Goldnote**

über

..... Goldmark = ..... Dollar

in Goldanleihe

Diese Note ist voll gedeckt durch Goldanleihe, die von den an der Notenausgabe beteiligten, durch die württembergischen Handelskammern vertretenen Firmen bei der Württembergischen Vereinsbank hinterlegt wurde.

Der Inhaber dieser Note ist berechtigt, sie an den Kassen der Württembergischen Vereinsbank gegen Goldanleihe gleichen Nennwerts einzutauschen, sobald genügend Stücke der Goldanleihe in kleinen Werten vorhanden sind. Der Umtausch der Note hat bis spätestens 31. Dezember 1923 zu erfolgen.

Stuttgart, den 27. Oktober 1923.

Für die württembergischen Handelskammern: Die Einlösung gewährleistet als Treuhänder: Handelskammer Stuttgart Württembergische Vereinsbank C. Rauffmann Dr. Klien Fischer Bausack

Genehmigt vom Reichsfinanzministerium

Die Rückseiten der Noten sind unbedruckt.

Die staatlichen Kassen werden angewiesen, die Noten in gleicher Weise wie Goldanleihe in Zahlung zu nehmen.

Die unterzeichneten Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, sich dieses Zahlungsmittels im Verkehr zu bedienen.

- Die württ. Handelskammern Landesverband der württ. Industrie Zentralverband des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Württemberg E. B. Arbeitsgemeinschaft des württ. Einzelhandels
- Württ. Landwirtschaftskammer Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg E. B. Landwirtschaftlicher Hauptverband Die württ. Handwerkskammern.

Witzbach, den 31. Oktober 1923.

**Todes-Anzeige.**

Gestern Abend verschied nach schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser lieber Vater und Bruder

**Karl Mienhardt**

Löwenwirt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag Nachmittag 1 Uhr.

Bad Teinach, den 31. Oktober 1923.

**Todes-Anzeige.**

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel

**Johannes Genth**

Postbote

nach längerer, schwerer Krankheit heute Nacht sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Christine Genth mit ihren 2 Kindern.

Beerdigung am Freitag Nachmittag 2 Uhr in Teinach.

Die nach dem Staatsanzeiger vom 27. 10. 23 Nr. 252 zu leistende Nachzahlung ist am 30./31. 10. den Gehaltsempfängern überwiesen worden. Staatsrentamt Hirsau.

**Lichtspieltheater Badischer Hof.**  
Heute Donnerstag **Der schwarze Reiter**  
abend 8 Uhr  
in 5 Akten mit Beiprogramm.

Gemeinde Schmieh.

**Bergebung von Bauarbeiten.**

Zur Erbauung eines Wohnhauses mit Farenstall und Scheuer sind die

Grab-, Betonier-, Maurer- und Steinhauer-, Zimmer-, Flaschner- u. Schmiedarbeiten im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschrieb und Bedingungen sind auf dem Rathaus in Schmieh zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis Dienstag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, dorthin eingereicht werden.

Schmieh, den 1. November 1923.

Der Gemeinderat.

Rötenbach, den 31. Oktober 1923.

**Todes-Anzeige.**

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß meine liebe Gattin, unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

**Anna Maria Kugele**

geb. Fenchel

nach 21jährigem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 56 Jahren heute Morgen

1/10 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

der Gatte: Adam Kugele.

Familie Martin Kugele.

Familie Gottfried Waidelich.

Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr.

**Hochfeine Liköre**  
aller Art zu billigsten Preisen.  
Fritz Freudenberger.

**Fast neuen Herd**  
tauscht gegen fettes Schwein.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.  
Etwa 15 Zentner  
**Stroh**  
tauscht geg. Brotgetreide  
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

**Drucksachen aller Art**  
liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.

**Ständig. Inferieren bringt Erfolg!**